



Foto: imago

**Polizeipräsenz vor der Rütli-Schule.** Mit seinem Hilferuf hat das Kollegium der Schule in Berlin-Neukölln auf die Schwierigkeiten einer Hauptschule in einem Problemstadtteil aufmerksam gemacht.

## Die Hauptschule ist am Ende einer Sackgasse angekommen

# Notruf aus Neukölln

VON MICHAEL STROHSCHNEIN

„Die Probleme werden doch dadurch keineswegs gelöst, sondern nur in die anderen Schulformen verlagert“, fasste der bildungspolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion Karl-Heinz Klare die Position seiner Partei zur aktuellen Hauptschuldebatte und zur GEW-Forderung nach einer Auflösung der Hauptschulen zusammen. Gemeint war damit sowohl die Gewalt – wie die Integrationsproblematik innerhalb der Schule und die Reaktionen darauf.

### Es fehlen Perspektiven

Mit seiner so formulierten eindeutigen Absage an die Forderungen nach anderen Schulstrukturentscheidungen suggerierte er gleichzeitig, dass es eine Lösung der „außerordentlich prekären Situation“ gäbe, und zwar innerhalb der Schule und dort in der Hauptschule. Aber gerade vielfältig belastete Kinder und Jugendliche suchen sich – unabhängig davon, ob sie einen deutschen oder einen „ausländischen“ Hintergrund haben – Anerkennung innerhalb und außerhalb der Schule.

Ohne das positive Vorbild anderer Schülerinnen und Schüler besteht die Gefahr, dass das nicht angepasste Verhalten, die „Respektlosigkeit“ gegenüber Erwachsenen bis hin zur Gewalt, diesen Anerkennung im Kreise der Gleichgesinnten bringt. „Denn, wenn die gesellschaftliche Anerkennung verschlossen zu sein scheint, wird die eigene Anerkennung in der Subkultur um so bedeutsamer. Diese Subkulturen aber beziehen ihre Anerkennung ja gerade durch die Verletzung der Normen“, schreibt dazu der Gewaltforscher Wilhelm Heitmeyer.

Dies deckt sich mit der Alltagserfahrung vieler Hauptschulpraktiker, dass sich völlig unangepasste Schülerinnen und Schüler in einem anderen Umfeld unauffällig benehmen können. Die „außerordentlich prekäre Situation“ ist also kurzfristig nicht zu lösen, erst recht nicht nur in der Hauptschule. Das riecht nach einer beson-

ders populistischen Variante des St. Florian-Prinzips: „Heiliger St. Florian, verschon' mein Haus – zünd' andere an.“

Bei soviel ideologischer Selbstgewissheit lohnt es sich dann doch, Auszüge aus dem Hilferuf des Rütli-Kollegiums genau zu lesen: „Wir sind ratlos. Wenn wir uns die Entwicklung unserer Schule ... ansehen, so müssen wir feststellen, dass die Hauptschule am Ende der Sackgasse angekommen ist und es keine Wendemöglichkeit mehr gibt. Welchen Sinn macht es, dass in einer Schule alle Schüler/innen gesammelt werden, die weder von den Eltern noch von der Wirtschaft Perspektiven aufgezeigt bekommen, um ihr Leben sinnvoll gestalten zu können ... Deshalb kann jede Hilfe für unsere Schule nur bedeuten, die aktuelle Situation erträglicher zu machen. Perspektivisch muss die Hauptschule in dieser Zusammensetzung aufgelöst werden zu Gunsten einer neuen Schulform mit gänzlich neuer Zusammensetzung.“

### Gesellschaftlicher Konflikt über die Integrationspolitik

Der einstimmig von der Rütli-Schule formulierte SOS-Brief forderte also nicht die fälschlicherweise vielfach behauptete Selbstaflösung der Schule, sondern eine perspektivisch neue Schulform mit neuer Zusammensetzung. Er löste eine gewaltige Resonanz aus. Im Chor der kakophonischen Stellungnahmen, Meinungen, Vorschläge, Kommentare und Auseinandersetzungen der üblichen politischen Lager ist die Reaktion der Medien besonders bemerkenswert. Die für Insider keineswegs überraschende bildungspolitische Entwicklung der Hauptschule gipfelte in dem Neuköllner Hilferuf. Er verdrängte die Weltpolitik aus den Schlagzeilen und der Rütli-Brief wurde zur Top-Nachricht.

Eine für alle spürbare gesellschaftliche Fehlentwicklung sowohl bei der Integration von Migranten wie bei der Perspektivlosigkeit eines besonders belasteten Teils der Jugend, bei der Gewaltprävention wie der Schulstruktur und

der Bildungsinhalte hatte mit dem Rütli-Brief für die Medien ihre Geschichte gefunden. Diese brisante Mischung erreichte die Öffentlichkeit mit voller Wucht. Schon die Reaktion auf den vorläufigen und sehr vorsichtig formulierten Befund des UNESCO Beauftragten Senior Munoz, dass Deutschland mehr Anstrengungen zur Integration und zur Förderung „Benachteiligter“ unternehmen müsse, war in der konservativen Presse außerordentlich heftig. Dann kam das „Handy-Verbot“ der bayerischen Staatsregierung. Der gesellschaftliche Konflikt über die Zukunftsperspektive junger Menschen und das Armutszeugnis für die Bildungs- und Integrationspolitik wurde offenbar.

Ausgehend vom humanistischen Bildungsideal der GEW ist es für uns ein unhaltbarer Zustand, dass seit Jahren ein Viertel der Jugendlichen für nicht ausbildungsreif erklärt und ins gesellschaftliche Abseits gestellt wird. Prof. Dr. Ulf Preuß-Lausitz hat in verschiedenen Veröffentlichungen den Zusammenhang zwischen der Krise der Gesellschaft, der Kindheit und der Schule nachgewiesen. Diese Krise kumuliert auch in Niedersachsen in der Hauptschule. Ausweislich der regional unterschiedlichen – aber in der Tendenz unumkehrbaren – Hauptschulabwahl der Eltern sowie der Gewalt- und Integrationsproblematik haben auch die Hauptschulen in Niedersachsen mit dem Widerspruch zwischen individueller Förderung der Schülerinnen und Schüler und dem gesellschaftlichen Abseits der Hauptschule zu kämpfen.

### Es geht um die Zukunft benachteiligter Jugendlicher

Das Hauptschulparadox, dass sich die Schülerinnen und Schüler immer mehr anstrengen sollen für einen Abschluss, der immer weniger Wert ist, frustriert nicht nur die Schülerinnen und Schüler, sondern zunehmend auch die Lehrkräfte. Da tut es schon gut, hilft aber wenig, wenn in der „Bild am Sonntag“ der Niedersächsische Ministerpräsident Christian Wulff die Geringschätzung des Lehrerberufs in Deutschland mit den Worten beklagt: „Insgesamt hat es in Deutschland eine Verlagerung gesellschaftlicher Probleme auf die Schulen gegeben und eine skandalöse Behandlung des Lehrerberufes.“

Die zentrale Frage „Was machen wir angesichts von mehr als fünf Millionen Arbeitslosen und einer wachsenden Kinder- und Jugendarmut sowie einem definitiv gescheiterten Ausbildungspakt in Niedersachsen mit den Modernisierungs- und Bildungsverlierern“ wird in der ausufernden Diskussion tunlichst vermieden. Soll und kann die Hauptschule ihren Schülerinnen und Schülern in der aktuellen Verfassung überhaupt Bildungs- und Lebenschancen eröffnen oder soll sie Problemkinder lediglich sozialpädagogisch betreuen, die diese Gesellschaft schon abgeschrieben hat? In einem GEW-kritischen Kommentar des „rundblick“ wird der Hauptschule eine leistungsorientierte Pädagogik als weiterführende Schule abgesprochen. „Wenn wir Schule als Sozialarbeit im engen Sinn begreifen, ist es egal, welches Etikett draußen klebt“, heißt es dort. Damit wird dem Prinzip der Durchlässigkeit nach oben widersprochen.

Nach Prof. Dr. Hanna Kiper unterscheiden sich die Hauptschulen beträchtlich voneinan-

**Fortsetzung Seite 9**

## Abschaffung des muttersprachlichen Unterrichts Protest in Hannover

Tausende Teilnehmer aus allen Teilen Niedersachsens protestierten in Hannover gegen die Abschaffung des muttersprachlichen Unterrichts. Der Demonstrationzug zog sich in der hannoverschen Innenstadt vom Klagesmarkt zum Kröpke. Zur Demonstration aufgerufen hatte die Elterninitiative der Migranten in Niedersachsen (EIM). Die Kundgebung wurde von 20 verschiedenen ausländischen Vereinen getragen. Für die GEW sprach der stellvertretende Landesvorsitzende Michael Strohschein.

Kollege Strohschein erinnerte die Landesregierung an ihre Verantwortung für alle der Schule anvertrauten Kinder und wies auf Defizite bei der Unterrichtung ausländischer Kinder hin. Ausländische Kinder würden nicht ihrer Begabung entsprechend gefördert. Strohschein zitierte das Nds. Schulgesetz (§ 2) und Hartmut v. Hentig, um das Land an seine Verantwortung zu erinnern. Die Solidarität der GEW mit den Vertretern der ausländischen Vereine wurde dankbar aufgenommen.

Das Hauptreferat hielt Frau Mermertas von EIM. In ihrer Rede wies sie auf die enge Ver-

bindung von Sprache und Kultur hin: „Wo die Sprache stirbt, stirbt die Kultur“, und zeichnete ein Bild der geschichtlichen Entwicklung des muttersprachlichen Unterrichts in 16



Foto: Helmut Kahle

**Wo die Sprache stirbt, stirbt die Kultur.** Mehrere tausend Menschen protestierten in Hannover gegen die Abschaffung des muttersprachlichen Unterrichts für ausländische Kinder.

### Fortsetzung von Seite 8

der. Während es in ländlichen Regionen und kleinen Städten die „noch“ stabile Hauptschule gibt, überwiegt in Stadtstaaten und großen Ballungsgebieten die „Hauptschule für Kinder mit Problembelastungen und Lernschwierigkeiten“ und die Hauptschule als „Ausländer-schule“. Entgegen der öffentlichen Behauptung der Niedersächsischen Landesregierung wurden die Hauptschulen in ihrer Arbeit übrigens nur marginal unterstützt. Besondere Entlastungen für eine „Auszeit- oder Inselepädagogik“ als soziales Training in Trainingsräumen gibt es nicht. Durch das Abschaffen des muttersprachlichen Unterrichtes in der Sek I wurde den Hauptschulen auch das Kernstück ihrer interkulturell angelegten pädagogischen Arbeit als „Ausländerschulen“ geraubt.

Obwohl die Hauptschulen bei der Schulsozialarbeit und der Genehmigung als Ganztags-schulen bevorzugt berücksichtigt werden, reichen diese Rahmenbedingungen bei weitem nicht aus, um den Bedarf zu decken. Ganztags-schulen nach dem Billigmodell werden von den Kolleginnen und Kollegen zunehmend als Mogelpackungen erkannt und als Täuschung der Öffentlichkeit empfunden. Geradezu scheinheilig argumentiert Kultusminister Busemann bei der pädagogischen Aufarbeitung des Handy-Missbrauches in den Schulen. Er stellt die Medienerziehung in den Schulen in den Vordergrund, während er gleichzeitig die Anrechnungsstunden für die Medienzentren um die Hälfte gekürzt hat. Er behauptet, es käme darauf an zu handeln und lobt sich selbst und Niedersachsen für die Einführung der verpflichtenden Sprachförderung vor der Einschulung. Diese Sprachförderung ist wichtig und richtig. Er vergisst aber dabei zu erwähnen, dass hierfür Förderstunden aus der Grundschule und aus dem muttersprachlichen Unterricht der Sekundarstufe I umgewandelt worden sind. Er unterschlägt die Tatsache, dass die Anrechnungs-

stunden für Beratungslehrer/innen massiv beschritten und das ein Großteil der Stellen für die Schulpsychologie der „Einsparauflage“ dieser Landesregierung zum Opfer gefallen sind. Wenn die Hauptschule in Niedersachsen also weder eine weiterführende Schule noch eine interkulturelle sozialpädagogische „Gegenschule“ ist und von den Eltern – insbesondere in den Ballungsgebieten und erst recht nach der „Rütli-Diskussion“ abgewählt wird –, welche Berechtigung hat sie dann als Schulform?

Auch die Schulträger interessiert die Frage: „Wie klein darf sie denn als selbstständige Hauptschule auf dem flachen Land überhaupt werden und was kostet das“ brennend. Die GEW, die Grünen, der Baden-Württembergische Handwerkerstag, der Kriminologe Christian Pfeiffer, selbst das McKinsey-Institut, alle fordern aus unterschiedlichen Gründen die Abschaffung der Hauptschule. Die präventive Hauptschulpädagogik, in der Nachteile kompensiert und Familien ergänzt, in der auch Geschlechterrollen in verschiedenen Kulturen geklärt werden, hat allemal ihre Berechtigung. Die HS als eigenständige Schulform, in der sich gesellschaftliche Probleme massieren, aber immer weniger.

„Von der Hauptschule gehen wichtige schulreformerische Impulse aus, gerade weil sich in ihr eine Lehrerschaft sammelt, die schülerorientiert ist und sich auch pädagogisch, sozialpädagogisch und als Klassenlehrer oder Klassenlehrerin engagiert. Wenn man davon ausgeht, dass Elemente pädagogischer Arbeit in Zeiten der Konkurrenz um Schülerzahlen auch von anderen Schulen übernommen, nachgemacht und praktiziert werden, dann haben immer diejenigen Schulen, die geringwertige Bildungsabschlusszertifikate verteilen, einen großen Struktur-nachteil. Dieser Struktur-nachteil kann nicht durch engagierte pädagogische Arbeit kompensiert werden. Zu befürchten ist, dass langfristig auch Kampagnen zur

Sprachen der letzten 40 Jahre. In den letzten Jahren sei schon die Tendenz zur Abschaffung zu erkennen gewesen. Muttersprache und deutsche Sprache seien aber das Tor zu einer erfolgreichen Integration. Mehrsprachigkeit sei die Voraussetzung einer gelungenen Bildungsbiografie, „wie soll die Zweitsprache vermittelt werden, ohne vorher die Erstsprache zu stärken?“ HELMUT KAHLE

Aufwertung der Hauptschule deren Struktur-nachteile nicht ausgleichen werden“, fasste Hanna Kiper in einem Beitrag das Problem zusammen.

Durch den Rütli-Brief hat die Diskussion um die schulische Zukunft benachteiligter Jugendlicher die Öffentlichkeit erreicht. Hierfür schulden wir dem Neuköllner Kollegium Dank und Anerkennung.

Für Niedersachsen wäre es vernünftig, in den nächsten Jahren als erste Schritte die Hauptschule abzuschaffen und eine „wirkliche“ Ganztags-schule einzuführen. Die GEW Niedersachsen fordert eine professionelle, verbindliche Ganztags-schule, in der es vielfältige Unterstützungsangebote für Jugendliche und Lehrkräfte geben muss. Sie wendet sich entschieden gegen die frühe Einsortierung der Schülerinnen und Schüler in das viergliedrige Schulsystem. Sie fordert ein integriertes System, in dem Demokratie und soziales Verhalten gelebt werden und in dessen Mittelpunkt die Kinder und Jugendlichen mit ihren Bedürfnissen des Lebens und Lernens stehen. Dies ist nur möglich, wenn den Schulen Sozialpädagoginnen oder Sozialarbeiter, Psychologen und Förderpädagogen dauerhaft und nicht nur im Krisenfall zur Verfügung stehen.

Sie fordert nachdrücklich die Wiedereinführung des muttersprachlichen Unterrichtes in der Sek I, um die Integration und nicht das Abgleiten in „Parallellgesellschaften“ zu unterstützen. Sie fordert last, but not least die nicht nur verbale Unterstützung für die Arbeit der Hauptschullehrkräfte, sondern konkrete Angebote der Fortbildung und Entlastung.

Der Rütli-Brief schließt mit dem Wunsch: „2009 wird unser Schulgebäude 100 Jahre alt und wir hoffen, dass bis dahin eine Schule geschaffen werden kann, in der Schüler/innen und Lehrer/innen Freude am Lernen bzw. Lehren haben.“ Diesem Wunsch schließen wir uns für Niedersachsen an.